

**Ergebnisprotokoll**  
über die 5. Sitzung des Ausschusses für  
Grundsatzfragen nachhaltiger Regionalplanung  
(VIII. Wahlperiode)  
am 29.08.2013

**Tagungsort:** Werner-Borchers-Halle, Otto-Glenz-Straße 1 in Erbach im Odenwald

**Beginn:** 12:35 Uhr **Ende:** 14:00 Uhr

**Teilnehmer:** Herr Kai Gerfelder,  
Vorsitzender des Ausschusses für Grundsatzfragen nachhaltiger  
Regionalplanung

Frau Auer	Herr Herkströter i.V.	Herr Kraft
Herr Buschmann	Herr Holschuh i. V.	Herr Röttger i.V.
Herr Figaj	Herr Koch	Frau Dr. Reinhardt
Herr Geiß	Herr Kasseckert	Frau Weyrauch i. V.

**Fraktionsvorsitzende** -

**Fraktionsgeschäftsführer/in:** Frau Suffert

**Obere Landesplanungsbehörde:** Herr Dr. Beck  
Herr Krämer  
Herr Ortmüller  
Frau Güss  
Herr Hartz  
Herr Erhart

**Schriftführerin:** Frau S. Mahler

### Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Genehmigung des Protokolls der 4. Sitzung des Ausschusses für Grundsatzfragen nachhaltiger Regionalplanung
3. Demographischer Wandel und dessen Folgen aus Sicht der Stadt Beerfelden, der Gemeinden Hesseneck, Rothenberg und Sensbachtal
4. Aussprache
5. Verschiedenes

#### Zu TOP 1: Begrüßung

Der Vorsitzende des Ausschusses für Grundsatzfragen nachhaltiger Regionalplanung (GnR), **Herr Kai Gerfelder**, begrüßte die Anwesenden. Insbesondere begrüßte er den Landrat des Odenwaldkreises, Herrn Dietrich Kübler, die Bürgermeister der vier Gemeinden der Oberzent, Herrn Thomas Ihrig (Gemeinde Hesseneck), Herrn Hans Heinz Keursten (Gemeinde Rothenberg), Herrn Egon Scheuermann (Gemeinde Sensbachtal) und Herrn Gottfried Görig (Stadt Beerfelden). Er richtete einen besonderen Dank an den Bürgermeister der Stadt Erbach, Herrn Harald Buschmann und einen besonderen Gruß an den Vorsitzenden des Kreistages des Odenwaldkreises, Herrn Rüdiger Holschuh.

Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung als auch die Tagesordnung form- und fristgerecht zugegangen sind. Gegen die vorliegende Tagesordnung gab es keine Einwendungen.

**Herr Landrat Kübler** begrüßte ebenfalls die Anwesenden. Er berichtete ausführlich über die aktuellen Herausforderungen des Odenwaldkreises im Bereich der Windkraft und des demographischen Wandels.

#### Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der 4. Sitzung des Ausschusses für Grundsatzfragen nachhaltiger Regionalplanung

Das Protokoll der 4. Sitzung des Ausschusses für Grundsatzfragen nachhaltiger Regionalplanung vom 20. Juni 2013 wurde genehmigt.

#### Zu TOP 3: Demographischer Wandel und dessen Folgen aus Sicht der Stadt Beerfelden, der Gemeinden Hesseneck, Rothenberg und Sensbachtal

**Herr Gottfried Görig** (Bürgermeister der Stadt Beerfelden) führte als Sprecher der Kreisbürgermeister allgemein in die Thematik demographische Entwicklung, Finanzen und Infrastruktur in den vier Kommunen des Odenwaldkreises ein. Er wies auf die Teilnahme der Stadt Beerfelden am Dorfentwicklungsprogramm hin, im Rahmen derer derzeit eine Bestandsanalyse als Teil des Integrierten kommunalen Entwicklungskonzeptes (IKEK) erarbeitet würde. Diese soll ebenfalls in kommunaler Zusammenarbeit über die Gemarkungsgrenze hinaus weitergeführt werden, damit dieses Entwicklungskonzept als gemeinsame Daten- und Entscheidungsgrundlage dienen kann.



**Herr Thomas Ihrig** (Bürgermeister der Gemeinde Hesseneck) informierte anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1, Folie 1-7) über die Entwicklung der Einwohnerzahlen seit 1991 und die Veränderungen der Altersstruktur anhand der im Zensus 2011 ermittelten Daten.

**Herr Hans Heinz Keursten** (Bürgermeister der Gemeinde Rothenberg) stellte anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1, Folie 8-12) die Einnahmen und Ausgaben der vier Kommunen in den Jahren 2008-2013 vor. Das generell bestehende Problem der Unterfinanzierung in diesem ländlichen Raum führte er auf die fehlende Ansiedlungsmöglichkeit von Gewerbe mangels Fläche (mit Ausnahme der Stadt Beerfelden), nicht optimale Verkehrsanbindungen, insbesondere an das Autobahnnetz, und die natürliche Ausstattung des Raumes zurück.

**Herr Egon Scheuermann** (Bürgermeister der Gemeinde Sensbachtal) berichtete anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1, Folie 13-16) über die negativen Auswirkungen dieser demographischen Veränderungen und der Finanzsituation auf die Unterhaltung und Instandsetzung vorhandener Infrastruktureinrichtungen (Kindertagesstätten, Grundschulen, Feuerwehren, Wasserver- und -entsorgungssysteme, Bauhöfe, Spiel- und Sportplätze, Bürger- und Dorfgemeinschaftshäuser) in den vier Kommunen. Die demographischen Veränderungen zeigten sich im Wohnungs- und Gebäudeleerstand, der in den beiden kleinsten Gemeinden Sensbachtal und Hesseneck bereits bei 9,3 % (Zensus 2011) und damit deutlich über dem Durchschnitt des Odenwaldkreises, des Regierungsbezirkes und des Landes Hessen liege.

Die gleichbleibenden Kosten für die Bereitstellung der Infrastruktur bei anhaltendem Bevölkerungsrückgang und der veränderten Altersstruktur stellten eine äußerst schwierige Aufgabe dar, die ohne eine Stärkung des ländlichen Raumes langfristig von den betroffenen Kommunen nicht zu bewältigen sei. Derzeit würde der Fokus zu stark auf der Wohnungsraumschaffung im Ballungsraum liegen. Diese Stärkung sollte insbesondere durch die Bereitstellung geänderter, an die Situation des ländlichen Raumes angepasster Rahmenbedingungen und durch den weiteren Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit erfolgen.

**Zu TOP 4:** Aussprache

**Herr Gerfelder** dankte für die aufschlussreichen Vorträge.

**Herr Herkströter (CDU)** stellte die Frage, in welchen Bereichen die Regionalplanung ihren Beitrag leisten könnte und wo das Land mit finanzieller Unterstützung gefordert sei, insofern Finanzgaben ein geeignetes Mittel darstellten.

**Herr Bürgermeister Scheuermann** sah die Aufgabe der Regionalplanung darin, Grundzüge für die Nutzung der Siedlungsräume vorzugeben. Der ländliche Raum dürfe im Regionalplan nicht nur als Erholungsraum definiert werden, sondern sollte gerade auf dieser Grundlage als lebenswerter Wohnstandort festgelegt werden.

**Frau Auer (SPD)** fragte, wie dies angesichts der vorhandenen angrenzenden Schutzgebiete und Waldflächen realisiert werden könnte.

**Herr Bürgermeister Keursten** wies auf die Entwicklung von 50 ha Flächen in der Stadt Heidelberg hin, die einer Entwicklung auch kleinster Flächen im ländlichen Raum



entgegenstünden. Die umliegenden Ballungsräume entwickelten sich zu stark und entzögen damit dem ländlichen Raum die junge Bevölkerung, die u. a. wegen der Arbeitsplätze dorthin abwandere. Der Regionalplan müsse dem ländlichen Raum statt der zugewiesenen Aufgabe als Erholungs- und Landschaftsraum einen wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungsraum geben.

**Herr Bürgermeister Görig** ergänzte zu der angesprochenen Unterstützungsleistung des Landes, dass insbesondere die Standards, etwa für den Brandschutz, Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten oder die Kontrollverordnung für Kanäle in Form von Landesvorgaben für die Kommunen im ländlichen Raum nur schwer zu erfüllen seien. Es wäre wünschenswert, wenn diese Standards an die Bedingungen im ländlichen Raum angepasst würden.

Die Frage von **Herrn Geiß (FDP)**, weshalb die Kommunen keine Flächen für Gewerbeansiedlungen ausweisen können beantwortete **Herr Bürgermeister Keursten** mit dem Problem, dass die Regionalplanung dafür keine Flächenperspektive biete.

**Herr Landrat Kübler** gab zu bedenken, dass bei weiterer Verdichtung der Verdichtungsräume die dort vorhandenen Erholungsräume nicht mehr zur Verfügung stünden, was eine Verschlechterung der Wohnqualität bedeute. Im Gegensatz dazu stünden Wohnungen im ländlichen Raum leer und bei weiterer Aufgabe dieses Raumes stünde dieser auch als Erholungsraum nicht mehr zur Verfügung. Er stellte angesichts der hohen Miet- und Immobilienpreise im Ballungsraum und der im ländlichen Raum vorhandenen Technik die Frage nach Alternativen wie bspw. verstärkten home-office-Arbeitsplätzen im ländlichen Raum.

**Herr Figaj (DIE GRÜNEN)** zog den Vergleich zu einem Teil des infrastrukturell dreigeteilten Landkreises Bergstraße. Hier konnten Schutzschirmkommunen der finanziellen Situation mit Gewerbeansiedlungen begegnen. Allerdings gab er zu bedenken, dass sich statt des produzierenden Gewerbes Logistikfirmen mit den nachteiligen Folgen im Verkehrsbereich und auf das Landschaftsbild ansiedelten. Auch wies er darauf hin, dass wegen der fehlenden Infrastruktur (ÖPNV und Straßen) im Bereich der Oberzent keine Schaffung neuer Gewerbegebiete möglich und auch nicht sinnvoll sei. Damit stelle sich die Frage nach Alternativen, besonders im Tourismusbereich.

Nach Ansicht von **Herr Koch (SPD)** bestünde die Lösung der vielschichtigen Probleme nicht allein in der regionalplanerischen Ausweisung von Wohnbau- und Gewerbeflächen, sondern vielmehr in einer Anpassung des kommunalen Finanzausgleichs im Rahmen eines Gesamtmaßnahmenpaketes.

**Herr Gerfelder** erkundigte sich, wie konkret mit der Leerstandsproblematik umgegangen würde.

**Herr Bürgermeister Görig** verwies auf die Erfassung der Leerstände im Wohn- und Gewerbebereich im Rahmen der Bestandsanalyse zum IKEK. Grundsätzlich gestalteten sich Nachnutzungen und Investitionsanreize schwierig.

**Herr Bürgermeister Ihrig** erläuterte ergänzend diese Schwierigkeiten bei der Bewältigung der Leerstandsproblematik durch die Kommunen.

**Herr Röttger (CDU)** stellte fest, dass der heutige Termin das Bewusstsein der Ausschussmitglieder für die Probleme der ländlichen Räume in Südhessen, generell außerhalb des Ballungsraumes Frankfurt, geschärft habe. Das Land Hessen müsste den ländlichen Kommunen durch Anpassung der Standards und durch die entsprechende finanzielle Ausstattung helfen.

**Herr Hartz** sah ebenfalls die Möglichkeiten der Einflussnahme der Regionalplanung als gering an. Eine Einschränkung der planerischen Flächendarstellungen in den Oberzentren der Region vor dem Hintergrund der Vermarktung der Konversionsflächen hielt er für politisch unmöglich.

Er regte an, dass die Regionalversammlung möglichst frühzeitig Kontakt zur Obersten Landesplanungsbehörde aufnehmen sollte, die überlege, für die Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ein Gutachten für die Strukturräume zu vergeben. Es wäre wünschenswert, wenn die Regionalversammlung dabei inhaltliche Vorstellungen einbringen könnte.

**Zu TOP 5:** Verschiedenes

**Herr Gerfelder** bedankte sich bei den Teilnehmern für die anregende Diskussion und schloss um 14:00 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender des GnR

Schriftführerin



Kai Gerfelder

gez.: Sabine Mahler



# Die Zukunft des Beerfelder Landes



Beerfelden



Hesseneck



Rothenberg



Sensbachtal

## Wir wollen

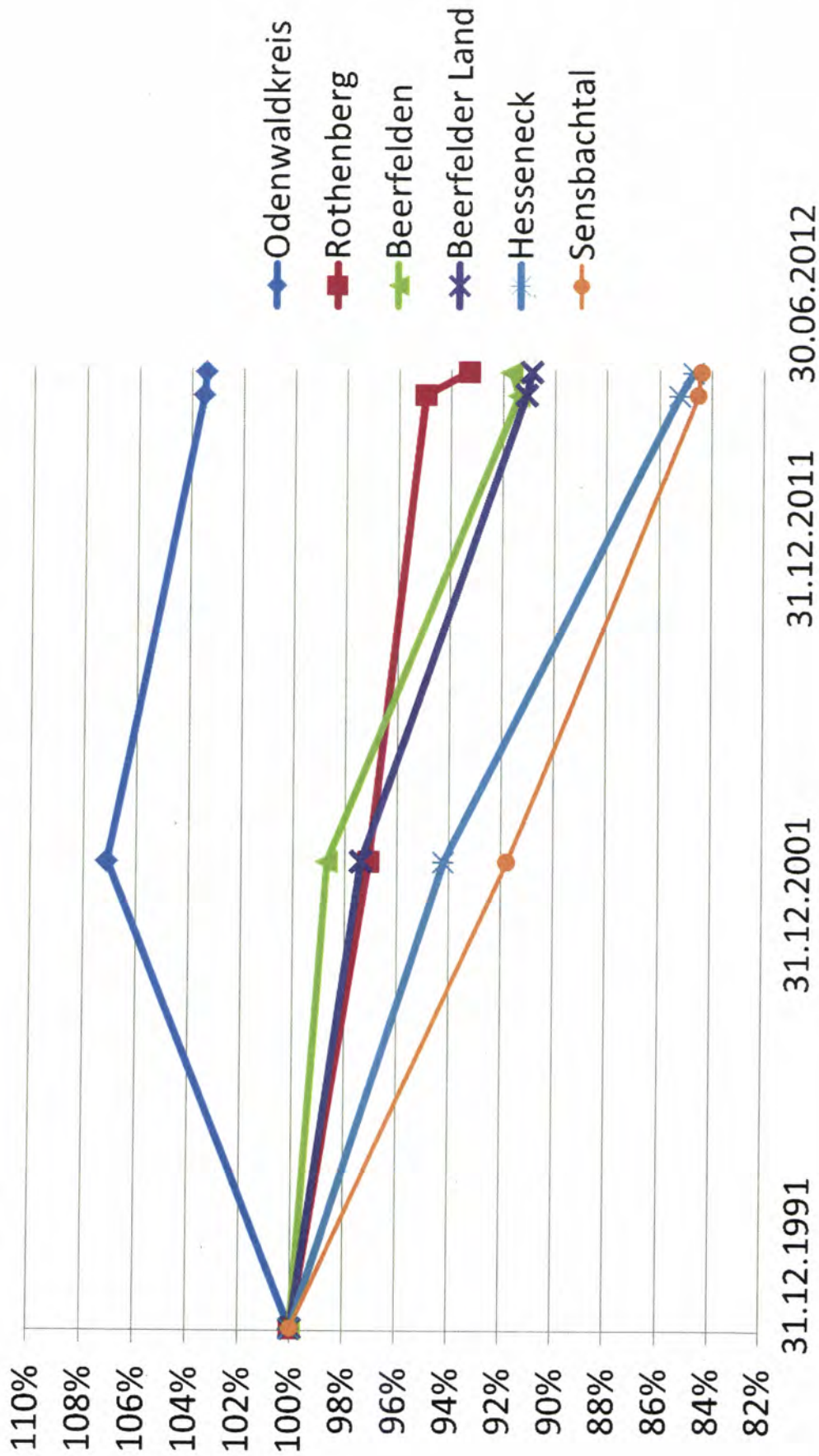
- gemeinsam Perspektiven entwickeln und umsetzen
- gemeinsam Zukunft gestalten

## Denn

- gemeinsam können wir mehr erreichen

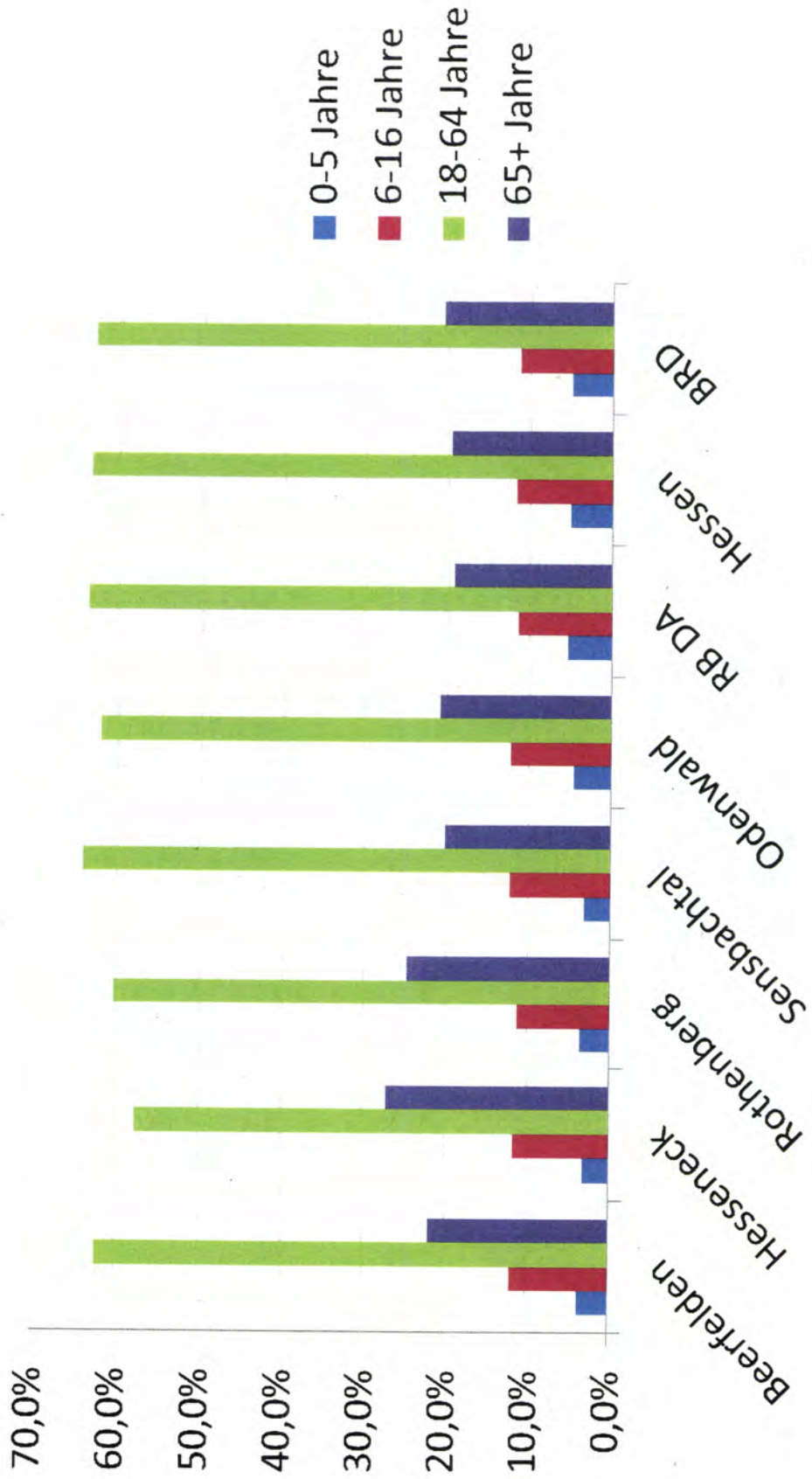


# Einwohnerentwicklung





# Altersstruktur Zensus 2011 in %

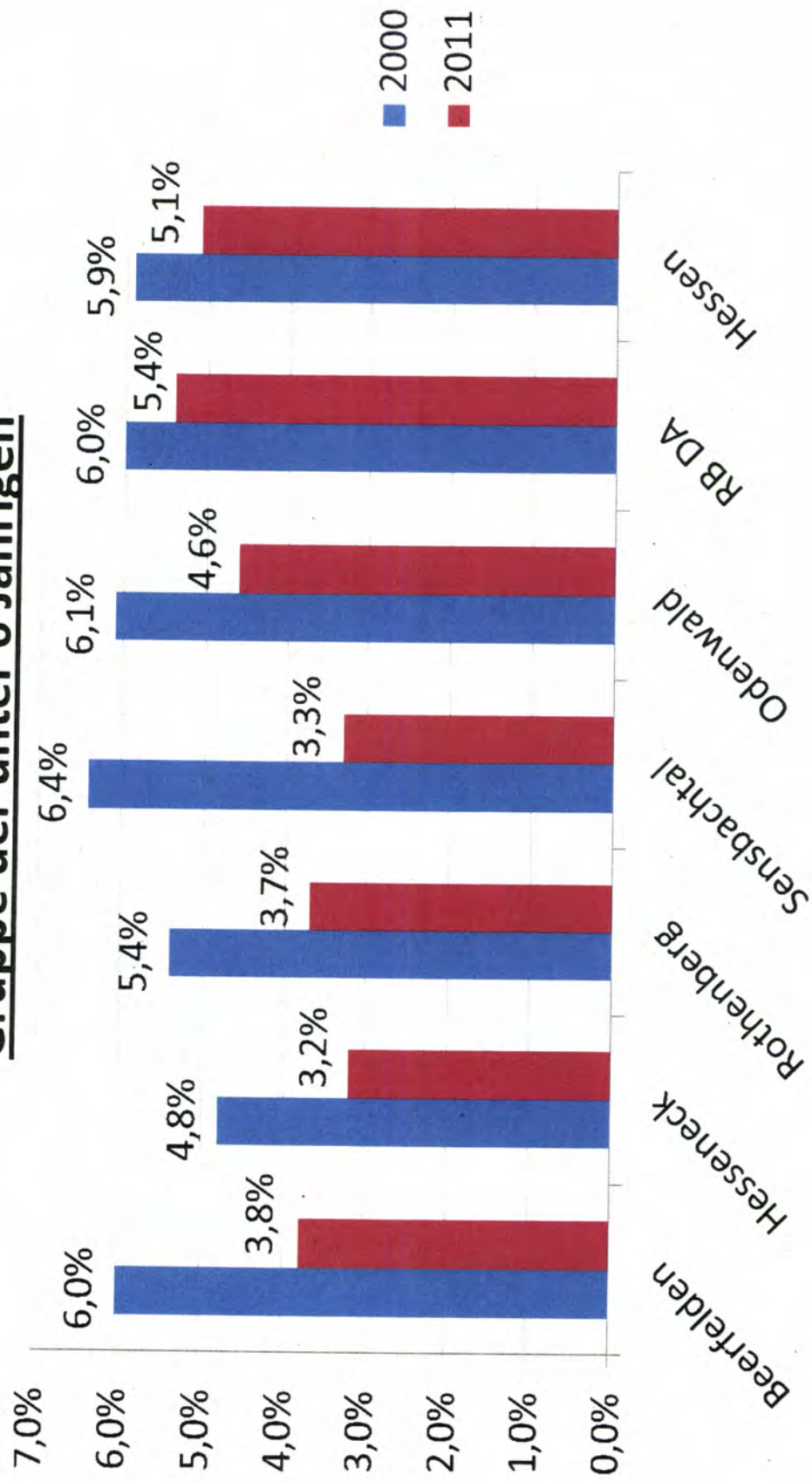






# Veränderung der Altersstruktur 2000 zu Zensus 2011

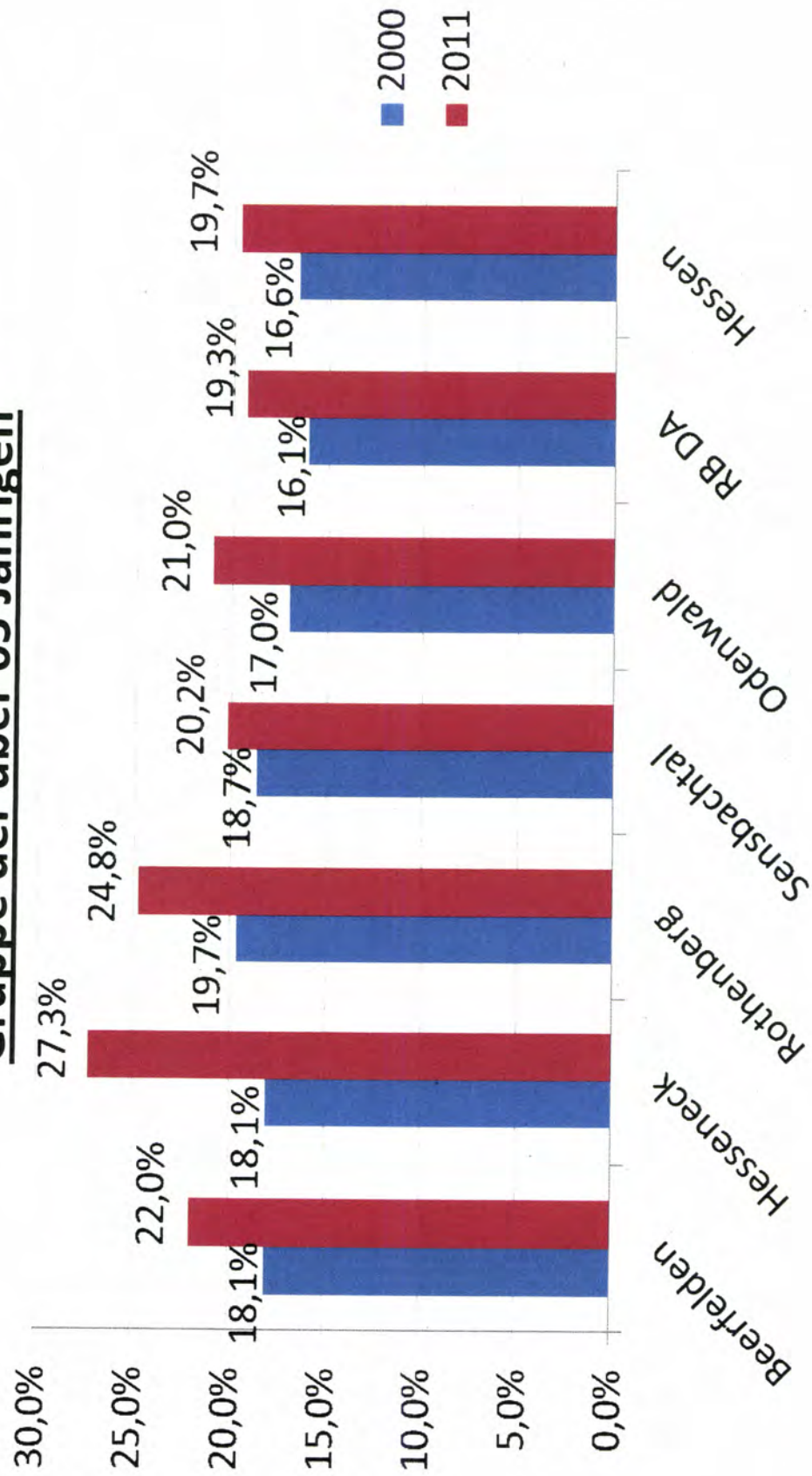
## Gruppe der unter 6 Jährigen





# Veränderung der Altersstruktur 2000 zu Zensus 2011

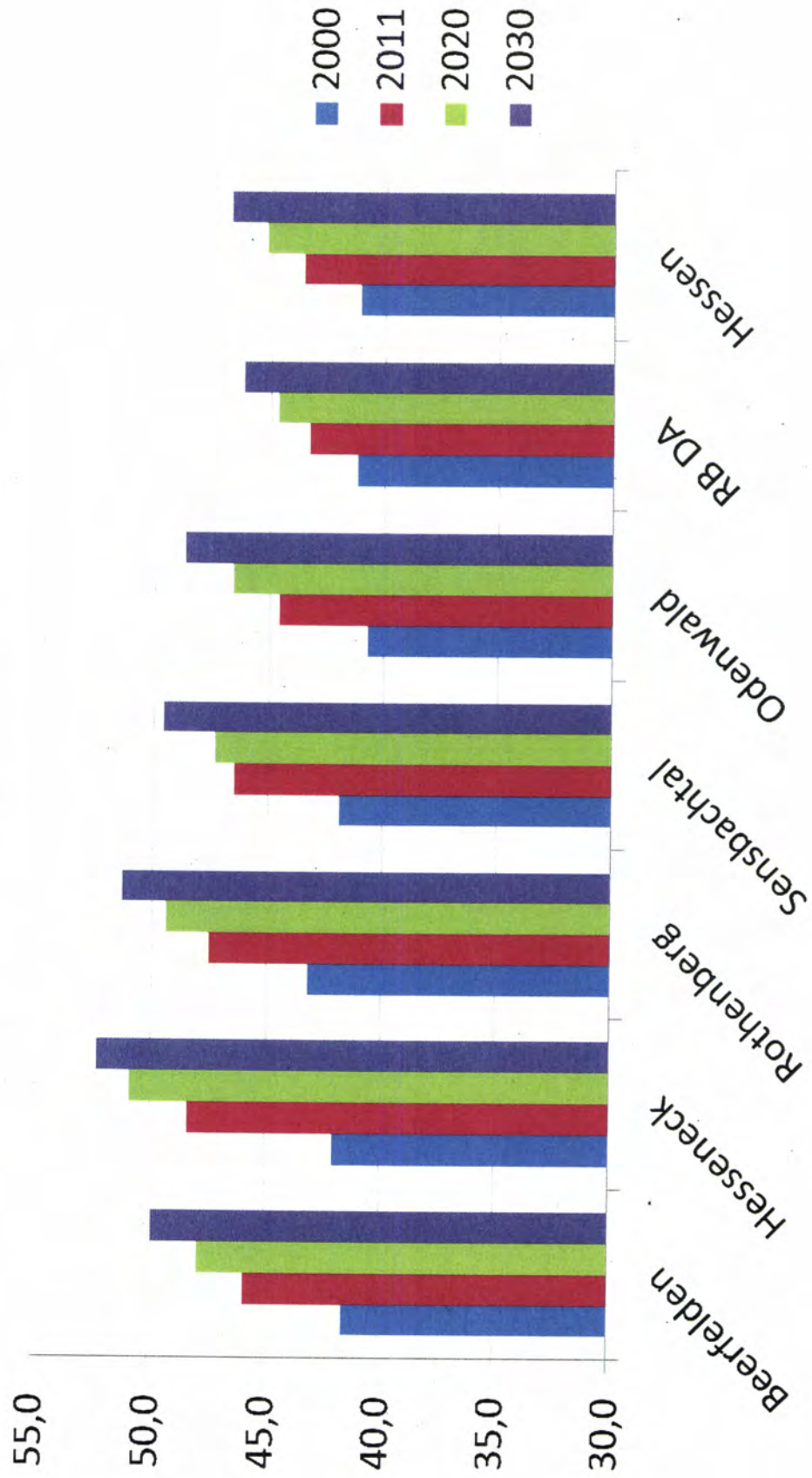
## Gruppe der über 65 Jährigen







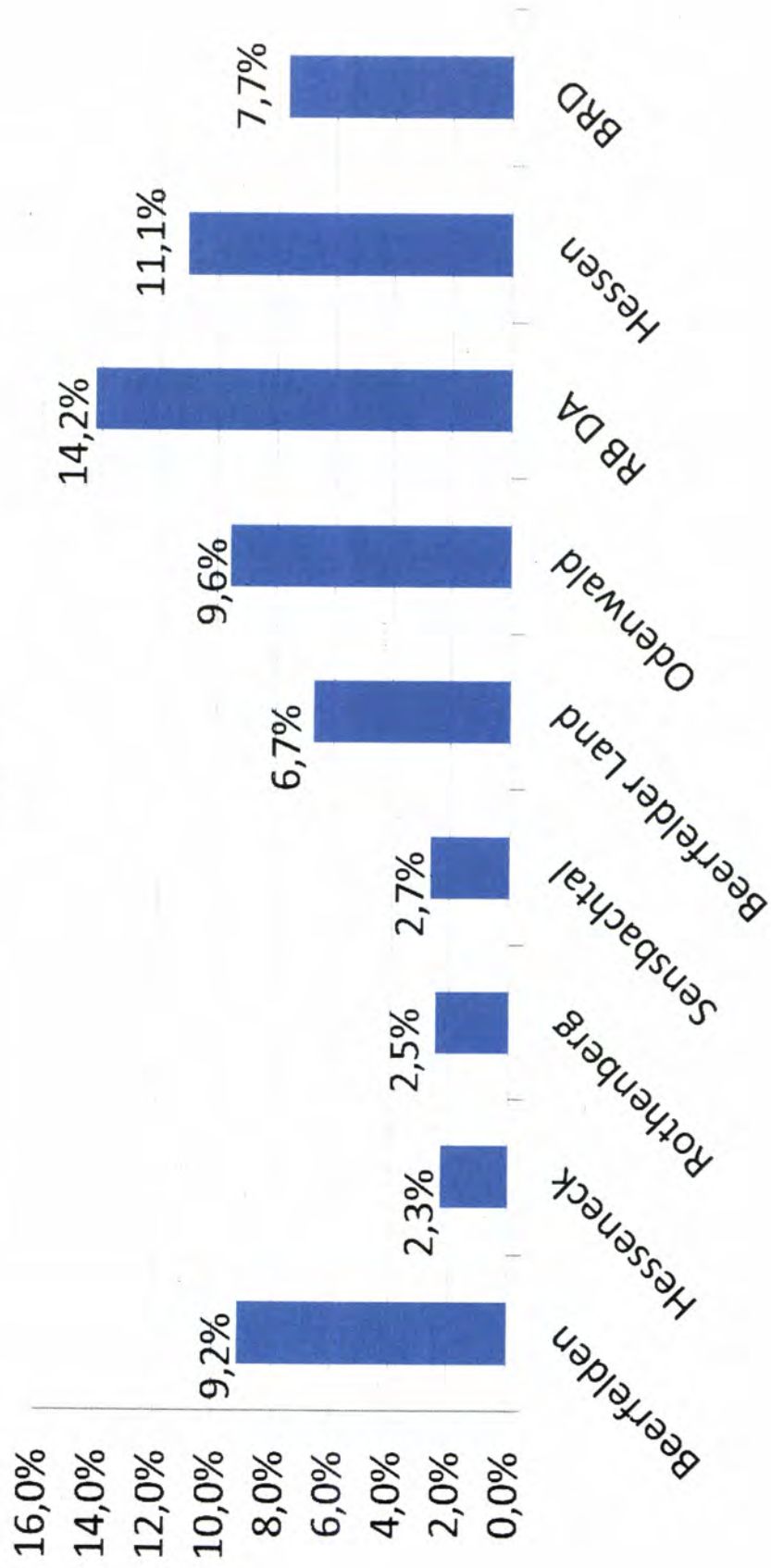
## Entwicklung Durchschnittsalter





# Ausländeranteil Zensus 2011

2011



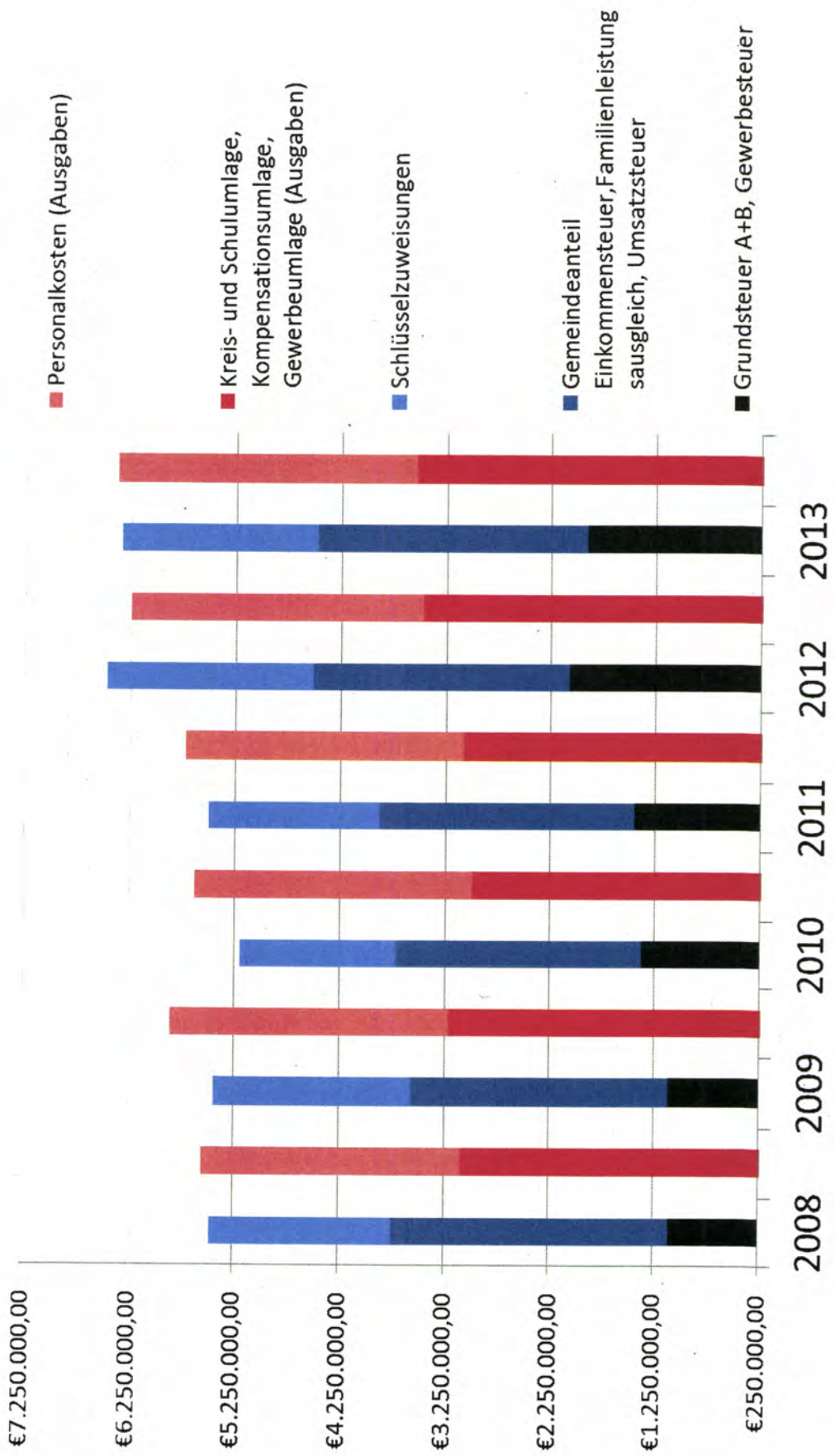




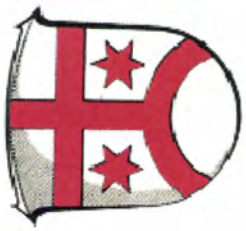
# Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Kommunen



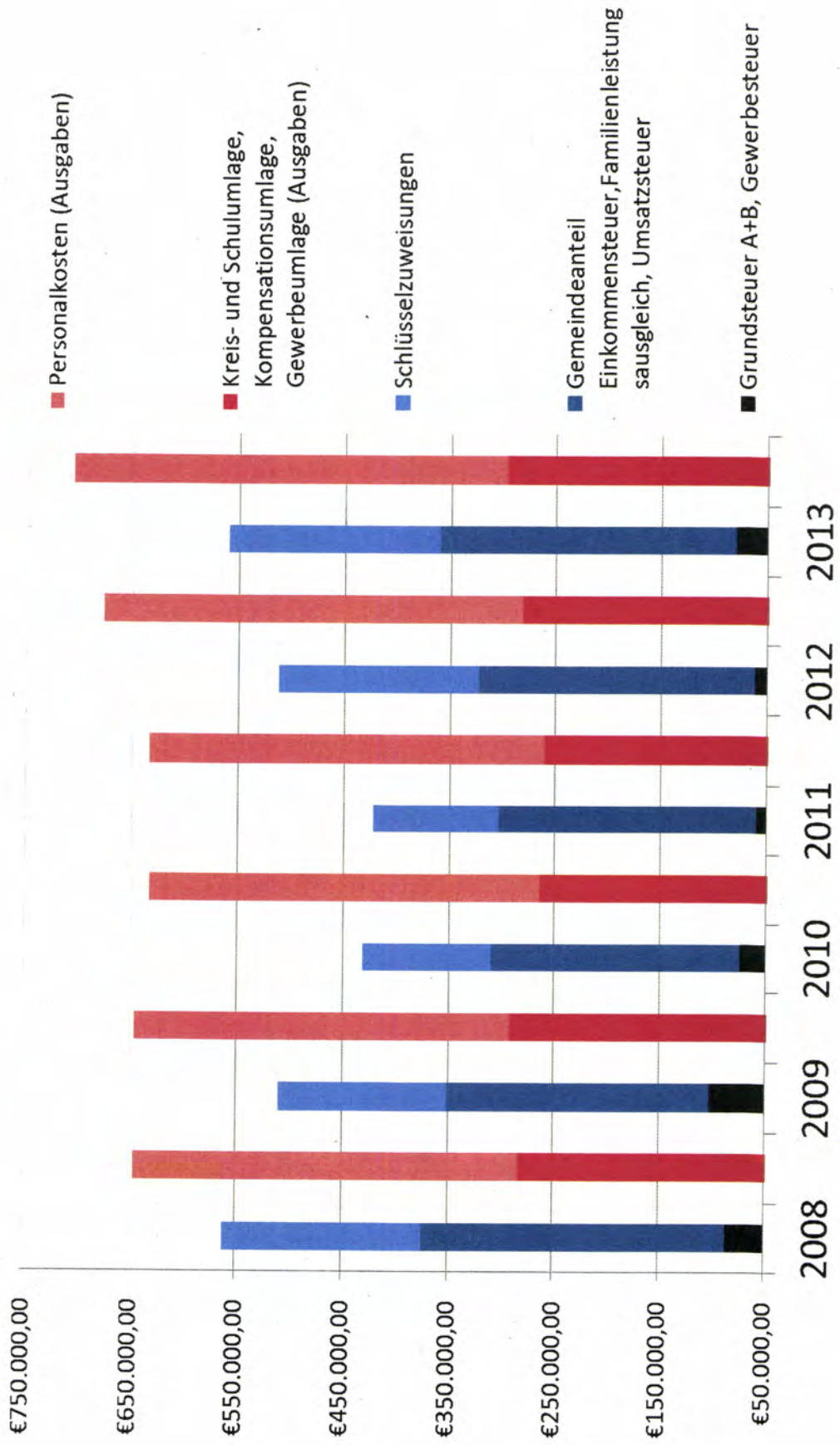
# Beerfelden





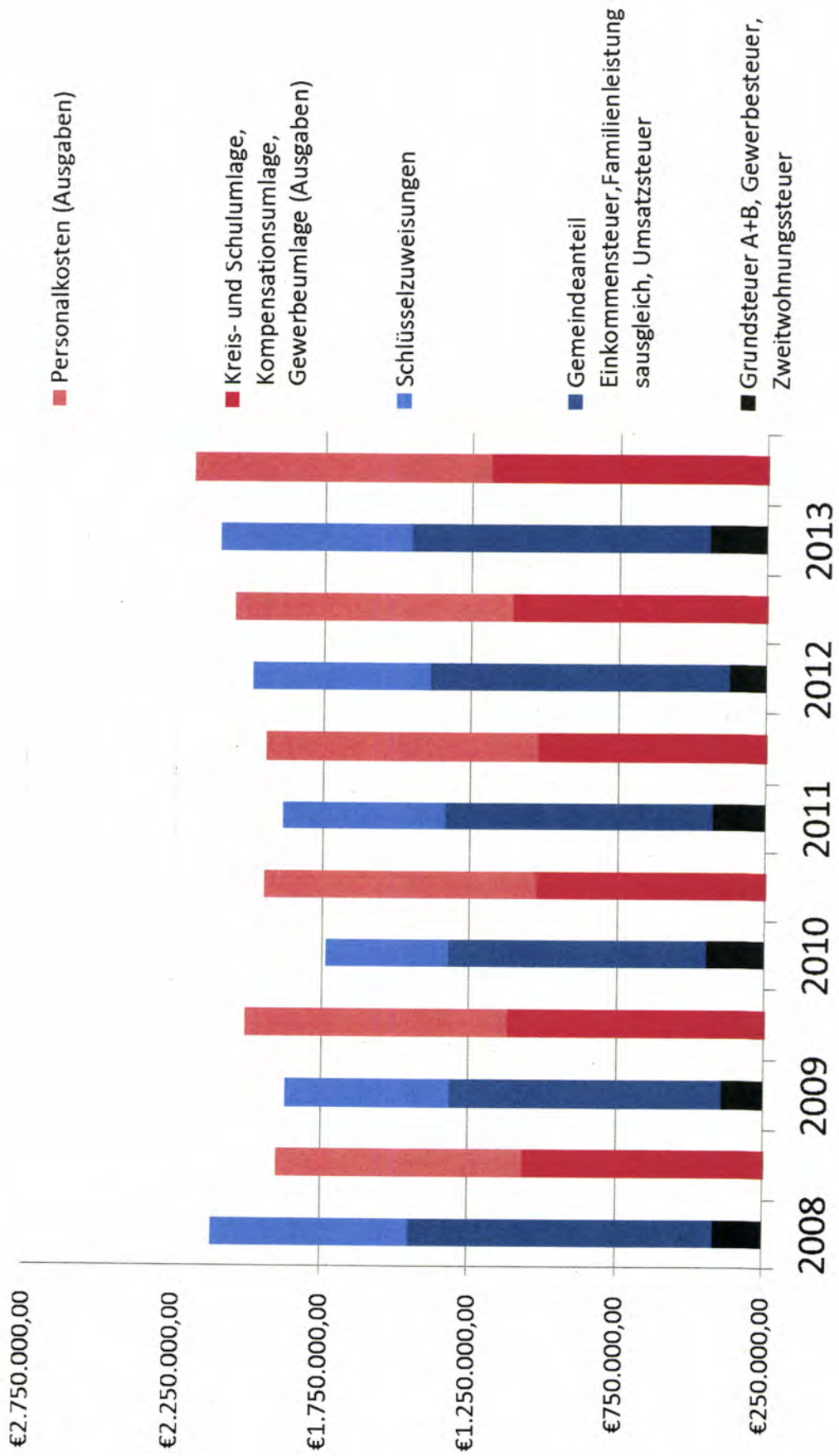


# Hesseneck



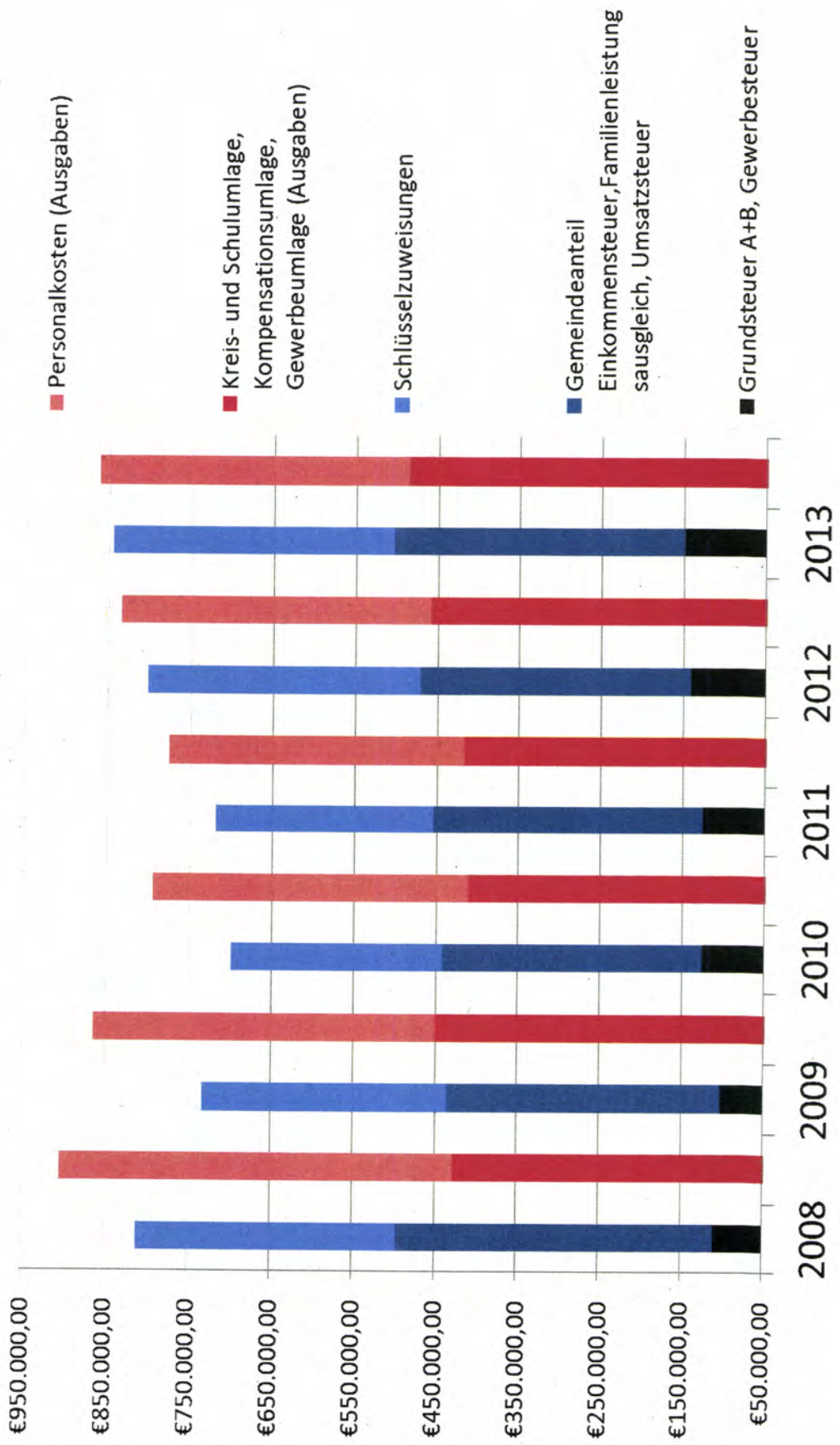


# Rothenberg





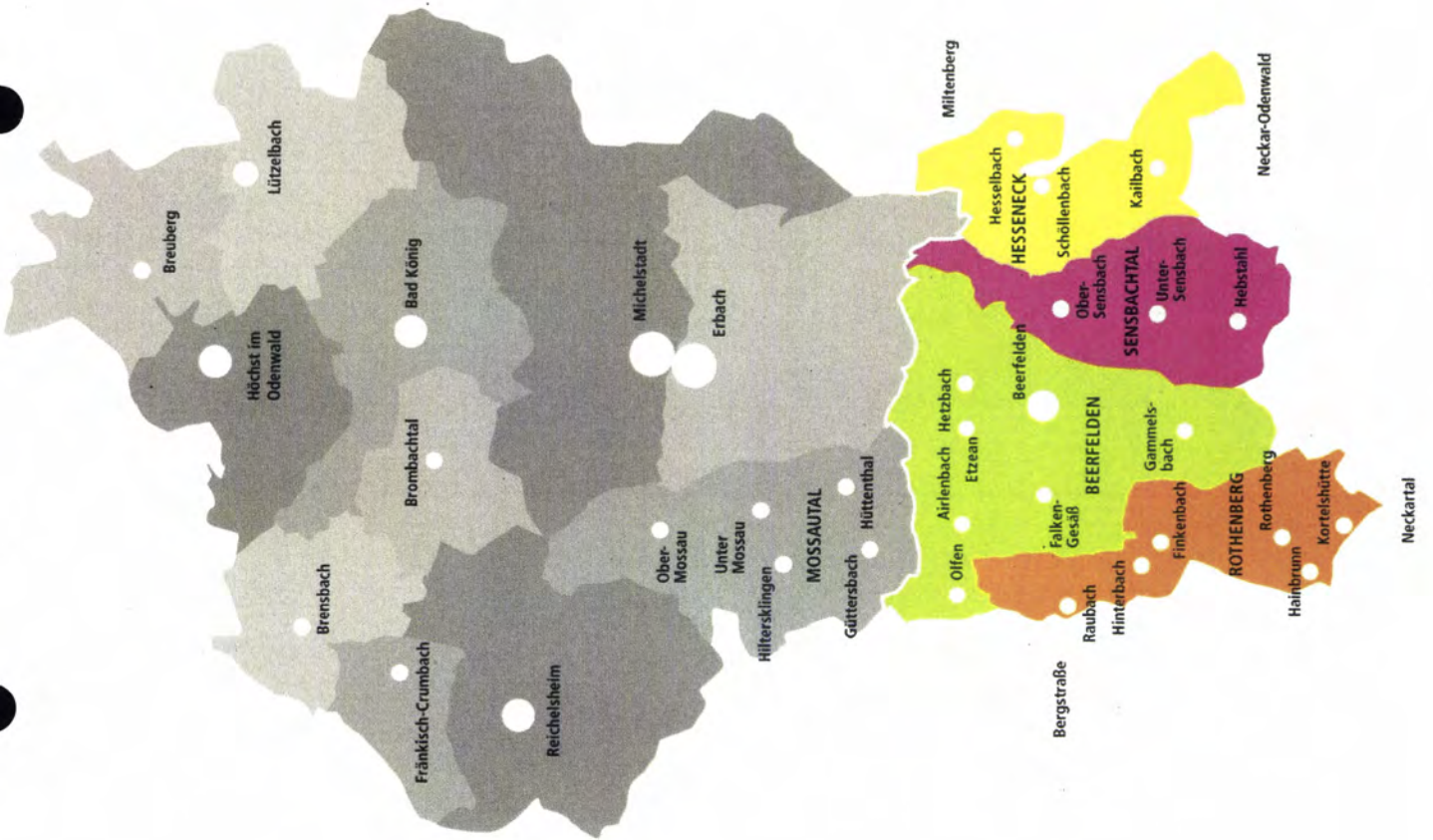
# Sensbachtal







# Infrastruktur / Leerstand in den Kommunen



165 qkm  
10.300 Einwohner  
19 Ortsteile





Kommune	Wohnungen insges.	Leerstand	In Prozent
Beerfelden	3.111	219	7,0
Rothenberg	1.155	85	7,4
Sensbachtal	452	42	9,3
Hesseneck	377	35	9,3
<b>Zum Vergleich</b>			
Odenwaldkreis	46.202	2.493	5,4
Regierungsbezirk	1.883.051	62.192	3,3
Hessen	2.981.938	110.567	3,7



